

Universität Bielefeld | Postfach 10 01 31 | 33501 Bielefeld

Landtag Nordrhein-Westfalen
Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-
Westfalen Carina Gödecke MdL
Postfach 101143
42002 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
16/3743

A05, A19

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

Raum: X-C3-240
Tel.: 0521/106-3988
Fax: 0521/106-153985
bettina.zurstrassen@uni-bielefeld.de

Bielefeld, den 20.04.2016

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen, Vorsitzende der DVPB NW

Stellungnahme im Rahmen des Sachverständigengesprächs des Hauptausschusses am 26. April 2016 im Landtag Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Frau Gödecke, sehr geehrte Frau Baur,

anbei übersende ich Ihnen meine Stellungnahme für das Sachverständigengespräch des Hauptausschusses am 26.04.2016.

Mit freundlichen Grüßen,

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen (Vorsitzende der DVPB NW)

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen, Vorsitzende der DVPB NW

Sachverständigengespräch des Hauptausschusses am 26. April 2016 im Landtag Nordrhein-Westfalen

Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW (Drucksache 16/11229)

in Verbindung mit

70 Jahre Landeszentrale für politische Bildung. Wir brauchen mehr politische Bildung (Drucksache 16/11318)

Gemäß der Einladung zum Sachverständigengespräch vom 30. März 2016 soll der Schwerpunkt der Stellungnahme bezogen auf die Anträge Drucksachen 16/11229 und 16/11318 auf dem Handlungsfeld 5: „Starke Zivilgesellschaft – konsequent gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ gelegt werden.

Stellungnahme

Seit einigen Monaten erreichen die DVPB NW verstärkt Anfragen und Rückmeldungen von Lehrkräften, Fachleiter*innen und Schulleiter*innen, die über eine Zunahme von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegen Migranten/Migrantinnen, Menschen mit Behinderung, Personen, die nicht heterosexuell orientiert sind oder Frauen an ihren Schulen berichten. Diese gehen jedoch nicht nur von Schüler*innen aus, sondern auch von Erziehungsberechtigten, Personen aus Ausbildungsbetrieben, vereinzelt von Lehrkräften und über die sozialen Medien von Bürger*innen, die sich zum Beispiel gegen das Anliegen von Inklusion oder die Einrichtung von Flüchtlingsklassen etc. äußern. Ausgehend hiervon sollte „Fremdenfeindlichkeit“ nicht isoliert betrachtet werden, sondern insgesamt der Blick auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und seine gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Entstehungsbedingungen berücksichtigt werden.

Von den Rückmeldungen der DVPB-Mitglieder leiten wir keinen Anspruch auf Repräsentativität ab, registrieren aber einen deutlichen Handlungsbedarf. Die DVPB NW hat deshalb eine Fortbildungsreihe für Lehrkräfte und Dozenten/Dozentinnen der außerschulischen politischen Bildung initiiert, die für die politische Arbeit mit Flüchtlingen, Prävention gegen Rassismus, politische Bildung mit rassistisch orientierten Jugendlichen etc. qualifizieren soll.

Es gibt national und international eine Vielzahl erprobter und evaluierter Programme, Konzepte und Lehrlernmethoden für die gesellschaftliche Bildung an Schulen und in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, die zur Entwicklung einer an den Menschenrechten orientierten Partizipationsfähigkeit und zivilgesellschaftlichen Grundhaltung beitragen (können). Politische Bildung ist ein Ort zum Erwerb von Sach-, Handlungs- und gesellschaftlichem Orientierungswissen sowie zur Reflexionsfähigkeit. Ihre Zielsetzung ist es, Lernende zur gesellschaftlichen Mündigkeit zu befähigen, die eine Basis für zivilgesellschaftliches Handeln und Zivilcourage ist. In der politischen Bildung zur „Rassismusprävention und -aufklärung“ besteht daher derzeit weniger ein Mangel an Konzepten und Programmen als vielmehr ein Umsetzungs- und ein Verständnisdefizit. Politische Bildung ist keine Sozialtechnologie, die bei Bedarf eine Feuerwehrfunktion übernehmen kann. Sie benötigt neben gut qualifizierten Lehrkräften und Dozenten/Dozentinnen (1) vor allem Lernzeit und Konti-

nuität (2), Kohärenz der Bildungsziele (3) sowie gesellschaftliche Wertschätzung (4).

1) Lehreraus- und Weiterbildung sowie qualifizierte Ausbildung für Dozenten/Dozentinnen

Lehrerprofessionsstudien belegen eine große Unsicherheit der befragten Lehrkräfte bei der unterrichtlichen und pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Problem des rechten Extremismus. Die sozialpsychologisch angelegte Studie der Münchner Forschergruppe „Holocaust Education“ (Cisneros 2008) kommt beispielsweise zu folgendem Ergebnis:

Lehrkräfte

- überfordern sich beim Thema „Holocaust“, weil sie einen starken gesellschaftlichen Erwartungsdruck verspüren und extrem hohe Anforderungen an die Wirksamkeit ihres Unterrichts stellen (z.B. Immunisierung der Lernenden gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus). Sie verstehen Prävention gegen extrem rechte Einstellungen als persönliche pädagogische Bewährungsprobe (hierzu auch Behrens 2014).
- waren oft enttäuscht von den Unterrichtsergebnissen, weil sie häufig, die von ihnen intendierte Betroffenheit vermissen, z.B. wenn Schüler*innen bei Gedenkstättenbesuchen nicht das sozial erwünschte Verhalten zeigen, sondern Musik hören, lachen). Sie bewerten ihren Unterricht im Bereich der „Holocaust Education“ kritischer als die Schüler*innen.
- problematisieren, dass sie durch Aus- und Weiterbildung unzureichend für die Präventionsarbeit bzw. den Umgang mit extrem rechten Jugendlichen (und Erwachsenen) qualifiziert werden und vermissen den Rückhalt von Gesellschaft und Dienstvorgesetzten.

Die vorliegenden Studien im Bereich der Lehrerprofessions- und der Unterrichtswirkungsforschung haben einen explorativen Charakter und müssen entsprechend zurückhaltend ausgelegt werden. Die oben skizzierten Ergebnisse werden aber in allen Studien zur Thematik aufgezeigt. Die Komplexität dürfte in den letzten Jahren zugenommen haben, weil verstärkt auch bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund extremistische Positionen (Antisemitismus, Rassismus, Konflikte zwischen einzelnen Migrantengruppen etc.) registriert werden.¹ Für diese Zielgruppen müssen verstärkt Konzepte der politischen Bildungsarbeit entwickelt und erforscht werden.

Insgesamt sollten darüber hinaus für Flüchtlinge flächendeckend Angebote zur politischen Bildung implementiert werden, die über die ausschließliche Vermittlung deklarativer Wissensinhalte, die etwa in den Einbürgerungstests abgefragt werden, hinausgehen. (siehe auch Drucksache 16/11229, S. 4 „Ankommen in NRW“).

Des Weiteren hat sich die Szene der extremen Rechten und ihre politischen Strategien (z.B. Übernahme „linker“ Symbole, dezidiert bürgerliches Erscheinungsbild, Internetkommunikation) diversifiziert, weshalb fachliche Fortbildungen für Lehrkräfte und Dozent*innen dringend notwendig sind. Konzepte der Rassismusprävention und Konzepte der politischen Bildung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie fachwissenschaftliche Se-

¹ Zum Teil entstehen diese auch als eine Reaktion auf ungleiche Bildungschancen bzw. Arbeitsmarktchancen. Daher ist es unerlässlich, künftige Lehrer*innen im Rahmen ihres Professionalisierungsprozesses mit dem Umstand zu konfrontieren, dass die Schule, wie auch das Bildungssystem insgesamt, eine Institution ist, die zur Reproduktion sozialer Ungleichheit maßgeblich beiträgt.

minare zum Problemfeld sind in der Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen nicht systematisch verankert. Das gilt sowohl für die allgemeine Lehrerbildung als auch für die Fachlehrerbildung „Gesellschaftslehre“ (Politik/Wirtschaft, Sozialwissenschaften etc.). In diesem Kontext ist es problematisch, dass die Gesellschaftswissenschaften „Soziologie“ und „Politikwissenschaft“ seit der Umstellung auf BA-/MA-Studiengänge im Rahmen der Bologna-Reform aus dem bildungswissenschaftlichen Anteil der Lehrerbildung weitgehend verdrängt wurden bzw. sich zurückgezogen haben. Die an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen profunde Expertise der sozialen Ungleichheitsforschung, der sozialwissenschaftlichen Gender- und Diversity-Forschung, der Forschung zu extremen Rechten etc. fließt in den bildungswissenschaftlichen Anteil der Lehrerbildung nicht mehr ein. Diese Erkenntnisse sind aber als fachliches, fachdidaktisches und pädagogisches Orientierungs- und Reflexionswissen für die Sensibilisierung, Bewertung und gesellschaftliche Einordnung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit für das Lehrerhandeln bedeutsam.

Empfehlungen

➤ **Allgemeine Lehrerbildung**

Unter dem Leitbild „Sozialwissenschaftliche Bildung für alle Lehrkräfte“ empfehlen wir, die Expertise der sozialwissenschaftlichen Forschung der Fachwissenschaft und der Fachdidaktik in den Bildungswissenschaften der allgemeinen Lehrerbildung wieder zu implementieren, z.B. Verankerung von Lehrveranstaltungen zur „Theorie und Empirie sozialer Ungleichheit“, zur „Diversity-Forschung“ und zudem eine politikdidaktische Veranstaltung zur Thematisierung und zum Umgang mit extrem rechten Jugendlichen/ gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Unterricht.

➤ **Fachlehrerbildung**

Obligatorische Verankerung fachdidaktischer und fachwissenschaftlicher Inhalte zur extremen Rechten bzw. zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit insgesamt in der Fachlehrerbildung im Bereich Gesellschaftswissenschaften (Sozialwissenschaften, Geschichte, Erdkunde). Gewinnung von Lehrkräften (z.B. Studienprogramme) mit Migrationshintergrund für gesellschaftswissenschaftliche Unterrichtsfächer.

➤ **Bildungspläne**

Systematische Verankerung von Inhalten zu „Flucht – Migration – Integration“ in den schulischen Bildungsplänen (siehe Berufskollegs).

➤ **Weiterbildung**

Systematischer Ausbau von Weiterbildungsmaßnahmen zum gesellschaftlichen Problemfeld für Lehrkräfte im Bereich der gesellschaftlichen Domäne. Dozent*innen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, die sich auf Rassismusprävention bzw. die Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund spezialisiert haben, sollten in der Lehrer*innenfortbildung eingebunden werden.

➤ **Außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung: Integrationskurse für Flüchtlinge**

Einsatz von fair entlohten fachwissenschaftlich und fachdidaktisch einschlägig qualifizierten Dozent*innen in der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung (Orientierungskursen etc.) mit poli-

tisch bildendem Anspruch. Hieraus folgt die Notwendigkeit des Ausbaus der universitären Ausbildungs- und Forschungsstrukturen im Bereich der politischen Erwachsenenbildung.

➤ **Fördermaßnahmen zur Vernetzung von schulischer und außerschulischer politischer Bildung.**

Empfehlenswert wäre es, bereits im Lehramtsstudium (oder im Studium der Sozialwissenschaften insgesamt) die Vernetzung von Institutionen der schulischen, außerschulischen und universitären politischen Bildung zu fördern, z.B. durch die gemeinsame Konzeption und Durchführung von Seminaren für Flüchtlinge im Rahmen der außerschulischen, berufspraktischen Studien, die in Nordrhein-Westfalen für Studierende in den sozialwissenschaftlichen Studiengängen obligatorisch sind.

➤ **Forschung**

- Programme für Lehrer*innenprofessionsforschung sowie empirische Lehrlernwirkungsforschung für Konzepte zur Prävention gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Bereich der schulischen und außerschulischen politischen Bildung.
- Forschung und Konzeptentwicklung zur politischen Bildungsarbeit mit und für Menschen mit Migrationshintergrund, die Positionen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (z.B. Antisemitismus) vertreten.
- Förderung der international vergleichenden Forschung im Bereich der politischen Bildung sowie der politischen Sozialisations- und Einstellungsforschung.

2) Lernzeit und Kontinuität

Politische Bildungsprozesse erfordern Zeit und Kontinuität. Im Verhältnis zur Fülle der Inhalte und den hohen gesellschaftlichen Erwartungen, die an das Unterrichtsfach „Politik/Wirtschaft“ gestellt werden, ist das auf den Stundentafeln festgelegte Stundendeputat ehrgeizig.²

Dennoch ist die Situation des Unterrichtsfaches an Schulen immer noch prekär, weil es zuweilen nicht oder mit reduziertem Stundendeputat erteilt wird, eine fachliche Zweckentfremdung der Unterrichtsstunden zu beklagen ist und je nach Schulform bis zu 80% des Unterrichts nicht fachgerecht (d.h. von Lehrkräften ohne Fakultas) erteilt wird.

Des Weiteren werden seit 10 Jahren in den Bildungsplänen für das Unterrichtsfach Politik/Wirtschaft bzw. Gesellschaftslehre (und andere Fachbezeichnungen) für den allgemeinbildenden und den berufsbildenden Bereich die politisch-soziologisch reflexiven Fachanteile zu Gunsten von volks- und vor allem betriebswirtschaftlichem Anwendungswissen verdrängt.

Exemplarisch wird diese Entwicklung in dieser Stellungnahme am Beispiel der inhaltlichen Vorgaben für das Unterrichtsfach „Wirtschafts- und Sozialkunde“ für gewerblich-technische Ausbildungsberufe am Berufskolleg dargestellt.

In der KMK-Handreichung 2007 zur Umsetzung der problemorientierten, fächerübergreifenden Lernfelddidaktik wird an prominenter Stelle der Allgemeinbildungsauftrag der Berufsschule betont:

² Die beabsichtigte Aufnahme des Unterrichtsfachs „Sozialwissenschaften“ in die Kategorie der Fächer „erster Ordnung“ ist eine wichtige Maßnahme zur Stärkung der politischen Bildung (→ Entwurf: Lehrerzugangsordnung), um den Nachwuchs zu sichern.

„Die Berufsschule soll darüber hinaus im allgemeinen Unterricht und soweit es im Rahmen des berufsbezogenen Unterrichts möglich ist auf Kernprobleme unserer Zeit wie zum Beispiel:

- Arbeit und Arbeitslosigkeit,
- Friedliches Zusammenleben von Menschen, Völkern und Kulturen in einer Welt unter Wahrung kultureller Identität,
- Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage sowie
- Gewährleistung der Menschenrechte

eingehen“ (S. 10).³ In der Handreichung 2011 werden diese Kernprobleme nicht mehr dargestellt. Die Kernprobleme

- Friedliches Zusammenleben von Menschen, Völkern und Kulturen in einer Welt unter Wahrung kultureller Identität,
- Gewährleistung von Menschenrechten

finden in den „Elemente[n] für das Unterrichtsfach der Berufsschule im Bereich Wirtschafts- und Sozialkunde gewerblich-technischer Ausbildungsberufe“ (KMK 2011, S. 18) überhaupt keine Berücksichtigung mehr. Lediglich in einem Nebensatz wird ergänzend eingefügt, dass „der Bildungsauftrag in diesem Bereich (also der politisch-ökonomischen Bildung) insgesamt jedoch darüber hinausgeht“ (KMK 2011, S. 36).⁴

In den neuen Bildungsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen (in Teilen noch in der Erprobungs- und Anhörungsphase) für den dualen Bereich an Berufskollegs spiegelt sich diese Entwicklung. Das bedeutet, für die fachlich-reflexive Auseinandersetzung mit Menschenrechten, mit Rassismusprävention etc. und für den Erwerb von Handlungskompetenz für zivilgesellschaftliches Engagement ist in vielen Bildungsplänen keine Lernzeit ausgewiesen.⁵ Mit der ganzheitlichen Konzeption der Lernfelddidaktik der KMK ist diese Entwicklung nicht vereinbar.

Der Fokus wurde in der Stellungnahme auf die Schulform „Berufskolleg“ gelegt, weil die politische Bildung am Berufskolleg bisher kaum im Blick der Integrations- und Bildungspolitik ist, obwohl 75-80% der 16-21-Jährigen diese Schulform besuchen und ihr auch bei der beruflichen und gesellschaftlichen Integration von Flüchtlingen eine zentrale Rolle zukommen wird (siehe z.B. hohe Anzahl der Integrationsklassen an dieser Schulform).

Die oben skizzierte Entwicklung ist aber auch in den Bildungsplänen für die gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichtsfächer des allgemeinbildenden Schulsystems zu konstatieren. Politische und insbesondere soziologisch-

³ Kultusministerkonferenz (2007): Handreichung für die Erarbeitung von Rahmenlehrplänen der Kultusministerkonferenz für den berufsbezogenen Unterricht in der Berufsschule und ihre Abstimmung mit Ausbildungsordnungen des Bundes für anerkannte Ausbildungsberufe.

In: http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_09_01-Handreich-RIpl-Berufsschule.pdf, S. 10.

⁴ Kultusministerkonferenz (2011): Handreichung für die Erarbeitung von Rahmenlehrplänen der Kultusministerkonferenz für den berufsbezogenen Unterricht in der Berufsschule und ihre Abstimmung mit Ausbildungsordnungen des Bundes für anerkannte Ausbildungsberufe.

In: http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2011/2011_09_23_GEP-Handreichung.pdf, S. 37 f.

⁵ In einigen Bildungsplänen, wie zum Beispiel in dem für die „Fachschiule für Technik: Elektrotechnik“ sind politische Inhalte mit Ausnahme des Inhalts „Gesetze, Normen und technische Vorschriften“ (Lernsituation 4 und 8) in den Lernsituationen nicht implementiert. Das widerspricht den im Bildungsplan formulierten Vorgaben, wonach „die Konzeption der jeweiligen Lernsituation so vorzunehmen ist, dass der fachrichtungsübergreifende Lernbereich in die didaktische Planung einzubeziehen ist“ (S. 21). Stattdessen werden dominant betriebswirtschaftliche Inhalte aufgenommen

(http://www.berufsbildung.nrw.de/cms/upload/_lehrplaene/e/elektrotechnik.pdf).

reflexive Inhalte werden aus den Bildungsplänen zunehmend herausgeschrieben bzw. durch vermeintlich verwertbares ökonomisches Anwendungswissen verdrängt.

Die DVPB NW begrüßt ausdrücklich die Pläne, ein Bundesgesetz zur Demokratieförderung in allen Bildungsbereichen der außerschulischen Bildung sowie der Erwachsenenbildung zu etablieren, möchte aber auch auf das allgemein- und berufsbildende Schulsystem verweisen. Im Gegensatz zur außerschulischen politischen Bildung und der Erwachsenenbildung, die eine sozialstrukturell selektierte Teilnehmerstruktur aufweist (Teilnehmende mit formal geringem Bildungsgrad, Menschen mit Migrationshintergrund etc. werden von einer Vielzahl der politischen Bildungsangebote nicht erreicht.), erreicht die Institution „Schule“ alle Sozialgruppen. Des Weiteren gehört gemäß der Life-Studie die Lebensphase des frühen Erwachsenenalters, insbesondere die Übergangsphase in den Beruf zu den zentralen Kristallisationsphasen der politischen Sozialisation.

Empfehlungen

➤ **Bildungspläne für die berufliche Bildung**

- Implementierung von politischer Bildung in die beruflichen Lernfelder und Lernsituationen gemäß dem ursprünglich ganzheitlichen Lernfeldkonzept der Kultusministerkonferenz (KMK 2007).
- Implementierung der Kernprobleme „Friedliches Zusammenleben von Menschen, Völkern und Kulturen in einer Welt unter Wahrung kultureller Identität“ sowie „Gewährleistung von Menschenrechten“ in den Bildungsplänen.
- Erweiterung der Lehrplankommissionen in der beruflichen Bildung mit Vertretern/Vertreterinnen, die über eine fachliche Expertise in der politischen Bildung verfügen.
- Weiterentwicklung und Beibehaltung des Rahmenlehrplans „Politische Bildung“, da er für Lehrkräfte zur Legitimierung dieser Inhalte gegenüber den Betrieben etc. zentral ist.

➤ **Fachunterricht**

Reduktion des Stundenausfalls, Sicherstellung fachgerechten Unterrichts⁶ sowie Maßnahmen zur Erhöhung eines an den Bildungsplänen orientierten Fachunterrichts im Unterrichtsfach „Wirtschaftslehre/Politik“ bzw. „Politik“.

➤ **Forschung**

Programme zur Erforschung und zur Konzeptionsentwicklung der politischen Bildung (z.B. Implementierung in Lernfelder und Lernsituationen) in der beruflichen Bildung.

3) Kohärenz der Bildungsziele

Es besteht die Problematik, dass sich im Zuge der Ökonomisierung der Gesellschaft über ökonomische Kategorien und Paradigmen die Bewertung des Menschen nach seiner gesellschaftlichen Nützlichkeit bis hin zum Sozialdarwinismus wieder als sozialpolitisches Denkmuster etabliert. Zick spricht von einem

⁶ Die DVPB NW nimmt positiv zur Kenntnis, dass das MSW NRW verstärkt Schulleitungen sensibilisiert, Sorge zu tragen für einen fachgerecht erteilten Unterricht in der gesellschaftlichen Bildung.

„wirtschaftsmarktförmigen Extremismus und Rassismus“ als extremer Ausprägung dieses Denkmusters (Zick 2014, S. 117). Auch in Bezug auf Flüchtlinge ist die Nützlichkeit derzeit ein zentrales Legitimationsmuster (demografischer Wandel, Finanzierung des Sozialstaats, Wettbewerbsfähigkeit). Der Transfer marktwirtschaftlichen Denkens und seiner Ordnungsprinzipien auf immer mehr gesellschaftliche Sphären findet seinen Ausdruck auch im Bildungssystem, z.B. in Themen und Lernzielen wie „Selbstverantwortliches und unternehmerisches Denken als Perspektive der Berufs- und Lebensplanung“ (KMK 2011, S. 37), die vielfach stark auf Effizienz- und Nützlichkeitsdenken verengt werden.

Diese gesellschafts- und bildungspolitische Ausrichtung ist nicht kohärent mit der in und durch politische Bildung verfolgte Intention der Solidarität, der Toleranz, der sozialen Verantwortung (für Mensch und Natur) und des zivilgesellschaftlichen Engagements der Bürger*innen. Durch diese divergenten Norm- und Wertemuster entsteht Orientierungsdissonanz und -beliebigkeit.

Die nachfolgenden Empfehlungen beziehen sich auf den Bildungssektor. Der Diskussions- und Handlungsbedarf besteht aber auf gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Empfehlungen

➤ **Bildungspläne**

- Curriculare Ergänzung und Verankerung folgender Inhalte in den Bildungsplänen: Grundlagen moderner Wirtschaftstheorie (z.B. Sozioökonomik, Evolutionsökonomik, politische Ökonomie), Aufnahme von alternativen Ansätzen von Unternehmertum (z.B. Sustainability Entrepreneurship) und Verbraucherbildung etc. Dieser theoretisch-reflexive Zugang zu politisch-ökonomischer Bildung steht im Kontrast zu Bildungskonzepten, die insbesondere mit Blick auf sozioökonomische und im Hinblick auf formale Bildung benachteiligte Sozialgruppen politisch-ökonomische Bildung als (disziplinierende) Sozialtechnologie ausrichten.
- Konzeptionelle Weiterentwicklung der sozialwissenschaftlichen Bildungspläne (z.B. interdisziplinär angelegte Aufarbeitung gesellschaftlicher Probleme, z.B. des Rassismus und seine politischen, sozialen und ökonomischen Entstehungsbedingungen und Folgen).

4) Gesellschaftliche Wertschätzung der politischen Bildung

In Nordrhein-Westfalen gibt es eine sehr gut arbeitende Landeszentrale für politische Bildung, an den meisten Hochschulen wurde die Fachdidaktik im Bereich der Sozialwissenschaften aufgebaut (bzw. befindet sich im Aufbau), Institutionen der außerschulischen und schulischen Bildung sowie der universitären Lehrer*innenbildung, den ZfsL und Schulen vernetzen sich zunehmend und kooperieren (z.B. DVPB NW). Ausgehend hiervon ist in Nordrhein-Westfalen im Bereich der politischen Bildung das Potential vorhanden, einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zur Aufklärung gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu leisten. Dies setzt voraus, dass die Rahmenbedingungen hierfür geschaffen werden (siehe Empfehlungen in der Stellungnahme), die ohne eine solide finanzielle Ausstattung der beteiligten Institutionen für die Vernetzung der beteiligten Institutionen, Entwicklung und Transparenz der Angebotsstruktur, Konzeptentwicklung, Forschung etc. nicht möglich ist (siehe Antrag: Drucksache 16/11218, S. 1 u. 6). Diese sind auch ein Indikator für die Wertschätzung der politischen Bildung und der Demokratie.